

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 41 (2022)
Heft: 78

Artikel: Der Skandal des täglichen Hungers
Autor: Goethe, Tina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Skandal des täglichen Hungers

Mitte Januar 2022 warnt das Welternährungsprogramm WFP der Vereinten Nationen vor einem «Tsunami des Hungers».¹ Über 24 Millionen Menschen in Afghanistan, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, könnten sich nicht ausreichend ernähren. 8,7 Millionen drohten zu verhungern, wenn keine humanitäre Hilfe aus dem Ausland geleistet würde, so die Afghanistan-Direktorin des WFP. Angesichts dieser schlimmen humanitären Krise hat die UNO zum grössten Spendenappell ihrer Geschichte für ein einzelnes Land aufgerufen und bedient sich mit «Tsunami» einer an Drastik fast nicht zu überbietenden Begrifflichkeit. Anders ist die internationale Aufmerksamkeit kaum noch zu gewinnen. Gleichzeitig droht die Assoziation mit einer unberechenbaren und plötzlich hereinbrechenden Naturkatastrophe, die politischen Ursachen des Hungers zu vertuschen, die gerade in Afghanistan überdeutlich sind.

Auch in Ostafrika bahnt sich eine schlimme Hungerkrise an. Eine seit vielen Monaten anhaltende Dürre vernichtet Ernten und lässt das Vieh verhungern. Selbst wenn diese Katastrophe tatsächlich auf ein Naturphänomen, den ausbleibenden Regen, zurückzuführen ist, dürfen auch hier politische Hintergründe nicht übersehen werden. Einerseits ist das immer häufigere Auftreten von extremen Wetterereignissen eine Folge des menschengemachten Klimawandels. Andererseits führt eine Dürre nicht in jeder Region der Welt gleich zu einer Hungerkrise. Ein Land wie die Schweiz kann es sich leisten, Ernteausfälle mit Importen zu kompensieren, und öffentliche oder private Sozialleistungen verhindern zumindest, dass arme Menschen verhungern.

Zurück nach Afghanistan. Die aktuelle Berichterstattung zu Afghanistan verdeutlicht, dass Hunger oft erst dann als Katastrophe thematisiert

wird, wenn es die Mittelschicht in den Städten trifft. In den ländlichen Regionen in Afghanistan gehört der Hunger indessen schon lange zur Normalität, die Menschen kommen seit Jahrzehnten nur mit grössten Nöten über die Runden. Zur ländlichen Armut neu dazugekommen ist eine städtische Armut der einstigen Mittelschicht, darunter Lehrer:innen, Krankenhauspersonal, Angestellte der Verwaltung, deren Löhne nicht mehr ausbezahlt werden (können). Lebensmittel wären zwar selbst jetzt verfügbar, wenn die Menschen denn das Geld hätten, sie zu kaufen. Seit der Machtübernahme durch die Taliban haben die bisherigen Geberländer ihre Zahlungen an die Regierung aber eingestellt,² die Sanktionen haben das Bankenwesen zusammenbrechen lassen und erschweren jegliche Finanztransfers³ – darunter auch diejenigen für Rücküberweisungen von Angehörigen im Exil, die viele Ökonomien im Globalen Süden aufrechterhalten.

Exemplarisch ist die afghanische Hungerkrise auch hinsichtlich ihrer Hauptursache. Mehr als die Hälfte der weltweit von Hunger betroffenen Menschen leben in Ländern mit bewaffneten Konflikten.⁴ Dabei bedeutet eine Hungerkrise eben nicht zwingend, dass keine Lebensmittel auf den Märkten verfügbar wären. Aber kriegerische Auseinandersetzungen verschlimmern die Armut breiter Bevölkerungsschichten beziehungsweise deren Möglichkeit, sich selbst zu ernähren und Essen anzubauen.

In diesen Fällen versuchen humanitäre Hilfsorganisationen, Lebensmittel oder Geld zu verteilen, um den extremsten Hunger zu lindern und Hungertode zu verhindern. Es ist ein Skandal für sich, dass die UNO dieses Geld nicht aufbringen kann, weil die reichen Geberländer dazu nicht bereit sind. Um Leben zu retten, ist die humanitäre Hilfe unabdingbar, auch wenn diese Hilfe keine langfristigen Lösungen bieten kann, und es leider genug Beispiele dafür gibt, wie verfehlte Hilfe lokale Märkte zerstört.⁵

Chronischer Hunger trotz Überproduktion

Zum chronischen Hunger, der für Millionen von Menschen zum Alltag gehört, gibt es kaum Katastrophenmeldungen. Vielmehr steht seine Bekämpfung seit Jahrzehnten fast unbemerkt auf der Agenda der Vereinten Nationen, ohne dass sich am Grundproblem viel geändert hätte. In den im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniumszielen sollte der Anteil der Menschen, die an Hunger leiden, bis 2015 halbiert werden. Die im Anschluss vereinbarten Ziele für die Agenda 2030 streben an, den Hunger bis 2030 ganz zu eliminieren.⁶ Von diesen Zielen ist die Welt jedoch weit entfernt.

Die Ausmasse des chronischen Hungers bleiben unvorstellbar. Jedes

Jahr publiziert die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO einen ausführlichen Bericht, wie viele Menschen in welchen Regionen und Ländern an Hunger und Mangelernährung leiden. So wird auch die Entwicklung der Hungerzahlen über die Jahre abgebildet. Seit 2014 nimmt die Anzahl der chronisch hungernden und unterernährten Menschen zu. Und mit der Corona-Pandemie verschärft sich dieser Trend nochmals drastisch.

Im Jahr 2020 litten gemäss den Schätzungen der FAO rund zehn Prozent der Weltbevölkerung an Hunger. Also jeder zehnte Mensch. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das zwischen 720 und 811 Millionen Menschen, zehnmal die Bevölkerung Deutschlands. Der FAO-Bericht zeigt jedoch, dass das gesamte Ausmass der weltweiten Hungerkatastrophe noch weitaus gravierender ist. Fast ein Drittel der Weltbevölkerung, also 2,37 Milliarden, konnte sich 2020 nicht ausreichend ernähren und war – im gängigen Sprachgebrauch – unterernährt. Diese Menschen hatten nicht nur chronisch zu wenig Nahrung (Kaloriedefizit), sondern vor allem auch Nahrung von schlechter Qualität (zu wenig Proteine, Vitamine, Mineralstoffe).⁷

Die Auswirkungen sind verheerend. Unter- und mangelernährte Menschen sind weitaus anfälliger für Krankheiten sowie dafür, an Krankheiten zu sterben. Sie sind zu geschwächt, um zu arbeiten, sei es, um Geld zu verdienen und Lebensmittel zu kaufen, sei es, um ihre Felder oder Gärten zu bestellen und Nahrung zu erzeugen. Unzureichend ernährte Kinder sind in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung oft irreversibel beeinträchtigt. Hunger zerstört damit nicht nur die Zukunft einzelner Menschen und Familien, sondern auch jene ganzer Regionen oder Länder. Für bereits chronisch unterernährte Kinder stellt akute Unterernährung ein erhöhtes Sterberisiko dar. Laut Schätzungen der UNO stirbt alle dreizehn Sekunden ein Kind auf Grund von Hunger oder Unterernährung. Oder, wie es Jean Ziegler, Soziologe und ehemaliger Sonderbeauftragter der UNO für das Recht auf Nahrung, formuliert «ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet».⁸

Mit seiner scharfen Aussage schafft es Ziegler, genau das zu skandalisieren, woran sich viele gewöhnt haben beziehungsweise was sie schlicht nicht sehen wollen: Weltweit werden längst mehr als genug Kalorien produziert, um alle Menschen zu ernähren. Schon Anfang der 1980er-Jahre analysierte der indische Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen, Hunger sei kein Problem von landwirtschaftlichen Produktivitätseinbussen beziehungsweise der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, sondern ein Verteilproblem. Erst kürzlich bekräftigte eine weitere Studie diese Analyse: Die Landwirtschaft produziert weltweit viermal so viele Kalorien (9700 kcal/Tag), wie die

FAO für den Durchschnittsbedarf (2300 kcal/Tag) eines Menschen veranschlagt.⁹ Über ein Drittel dieser pflanzlichen Kalorien (3831 kcal) werden als Tierfutter verbraucht. Von den verbleibenden knapp 6000 Kilokalorien wird ein Teil als Agotreibstoff verbrannt, geht als Ernteverlust oder wegen Lebensmittelverschwendungen verloren oder wird als industrieller Rohstoff verarbeitet. Und dennoch stünden gemäss diesen Berechnungen jedem Menschen dieser Welt immer noch 2908 Kilokalorien zur Verfügung.

Lukrative Gewinne für Agrarkonzerne

Seit Jahrzehnten wird wiederholt, um den Hunger zu besiegen, müsse vor allem mehr produziert werden. Dieser Ansatz greift aus mehreren Gründen viel zu kurz. Einerseits werden die vielfach belegten negativen Auswirkungen der industriellen Technologien ausser Acht gelassen. Auch wenn damit kurzfristige Produktionssteigerungen ermöglicht wurden, haben chemische Dünger und Pestizide, Monokulturen und intensive Bewässerung die biologische Vielfalt dramatisch reduziert, Agrarland ausgelaugt, Flüsse vergiftet und vielerorts zu Wasserknappheit geführt. Andererseits besteht kaum mehr eine Korrelation zwischen Produktionsmengen und der Anzahl hungernder Menschen. Das globale, kapitalistisch-industrielle Landwirtschafts- und Ernährungssystem basiert auf wenigen Kulturpflanzen, die vor allem als Futtermittel, Agotreibstoff oder als Rohstoffe für hochverarbeitete Lebensmittel dienen. Nur knapp über vierzig Prozent der Weltgetreideproduktion – vor allem Weizen, Reis und Mais – werden als Lebensmittel genutzt. Bei den Ölsaaten Soja, Raps und Palmöl ist der Anteil sogar noch weit geringer.

Dominiert wird dieses System von wenigen multinationalen Unternehmen. Den Agrarhandel kontrollieren zu neunzig Prozent vier Unternehmen,¹⁰ in der Lebensmittelindustrie teilen sich elf Unternehmen den globalen Markt, ganz vorne dabei ist der Schweizer Konzern Nestlé. Das dazu erforderliche Saatgut und die Pestizide liefern eine Handvoll Agrarkonzerne wie Syngenta und Bayer-Monsanto. Für all diese Akteure ist das herrschende Ernährungssystem ausgesprochen lukrativ. Nestlé erzielte 2020 beispielsweise einen Reingewinn von 12,2 Milliarden Franken (wohlgerne steuerte die Haustierfuttersparte den höchsten Wachstumsbeitrag bei).¹¹

Durch den Abbau von Zöllen und weiterer «Handelshemmisse» ermöglicht das internationale Handelsregime immer reibungslosere Geschäfte, Investitionen und den Zugang zu neuen Märkten. Produziert wird immer mehr dort, wo Agrarland, Wasser und Arbeitskräfte billig zu haben

sind. Und verkauft wird dort, wo die Kaufkraft am höchsten ist. Aus diesem Geschäftsmodell resultiert keine bestmögliche Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, sondern der höchstmögliche Gewinn.

Trotzdem schaffen es die Konzerne, sich als diejenigen darzustellen, die die Welt ernähren und den Hunger bekämpfen. Wie gut sich die Agrar- und Lebensmittelkonzerne in der internationalen Politik als vermeintlich unabdingbar positionieren, zeigte sich am letztjährigen UN-Gipfel zu Ernährungssystemen. Ziel des Gipfels: Ernährungssysteme transformieren, um angesichts von knappen Ressourcen und des Klimawandels die Welt zu ernähren. Mit dem Argument, ohne sie sei keine Ernährungssicherheit und Transformation der Ernährungssysteme zu haben, waren die Agrokonzerne zahlreich in den neun Monate dauernden vorbereitenden Multi-Stakeholder-Dialogen vertreten. Diejenigen, die die Welt wirklich ernähren, fehlten hingegen weitgehend.

Hunger und Armut für Lebensmittelproduzent:innen

Weit über die Hälfte der weltweiten Lebensmittel werden von Kleinbäuer:innen produziert, darunter auch Fischer:innen sowie indigene und nomadische Gemeinschaften. Frauen spielen sowohl bei der Arbeit auf den Feldern, aber auch mit Gemüsegärten und der Kleintierhaltung eine zentrale Rolle für die Ernährung der Familie beziehungsweise Haushalte. Und sie sind diejenigen, die aus unverarbeiteten Lebensmitteln Mahlzeiten herstellen – ein noch immer komplett ignorerter, aber so zentraler wie aufwendiger Arbeitsbereich zwischen Feld und Teller.

Während landwirtschaftliche Produktion für Konzerne und Grossgrundbesitzer:innen sehr lukrativ ist, genügt sie für viele Kleinbauern und -bäuerinnen nicht einmal, um sich ausreichend zu ernähren. Diese machen rund die Hälfte der von chronischem Hunger betroffenen Menschen aus. Hinzu kommen Landarbeiter:innen (22 Prozent), Nomad:innen und indigene Menschen (acht Prozent). Überproportional sind ausserdem Frauen und Mädchen von Hunger und Mangelernährung betroffen. Den Kleinbäuer:innen fehlt das notwendige Land oder Wasser, um sich übers Jahr mit ausreichend Lebensmitteln selbst zu versorgen. Und sie erhalten für ihre Produkte viel zu niedrige Preise. Abgedrängt in unwirtliche Gebiete stehen ihnen oft nur schlechte Böden und zu wenig Wasserressourcen zur Verfügung. Die Basis für die oft äusserst ungerechte Verteilung von Land wurde im Kolonialismus gelegt. Für die Plantagenwirtschaft mit Baumwolle, Zuckerrohr und Palmöl wurden riesige Landstriche entvölkert, die dort

lebenden Menschen ermordet, vertrieben und/oder versklavt. Die Ursprünge zahlreicher solcher grosser Agrarkonzerne geht auf die Kolonialzeit zurück.¹²

Auch heute verschärft Landraub für Plantagen Armut und Hunger. Seit der Finanz- und Ernährungskrise von 2008 haben ausländische Investoren, Unternehmen und Regierungen riesige Landflächen gekauft oder für Jahrzehnte gepachtet. Je nach geografischem Kontext werden Plantagen mit tausenden Hektaren für Palmöl, Zuckerrohr oder Soja angelegt. Auch Schnittblumen, Obst und Gemüse für den Export oder Kaffee und Kakao sind lukrative Investitionsobjekte. Eine kürzlich publizierte Studie spricht von etwa neunzig Millionen Hektar Land, das in den letzten zwanzig Jahren von ausländischen Investoren für landwirtschaftliche Zwecke erworben wurde.¹³ Zum Vergleich: In Deutschland werden insgesamt 16,6 Millionen Hektar und in der Schweiz rund eine Million Hektar landwirtschaftlich genutzt. Die Studie kommt zum Schluss, dass diese grossflächigen Landdeals in Asien und Afrika südlich der Sahara einen negativen Einfluss auf die Ernährungssicherheit vor Ort haben, oft trotz einer Steigerung der Produktion. Ausserdem findet eine Verlagerung der Produktion weg von lokalen Grundnahrungsmitteln statt, die einher geht mit einer abnehmenden Ernährungsvielfalt.

Landraub steht exemplarisch für die Zerstörung der Fähigkeit der Menschen, sich lokal selbst zu erhalten. Mit dem Argument, das Land «in Wert zu setzen» und der lokalen Bevölkerung Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung zu bringen, werden ganze Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben und in die Abhängigkeit von Unternehmen gedrängt.

Ernährungssouveränität und Agrarökologie

Wegen der Klimakrise nehmen die Extremwetterereignisse zu, die zu Naturkatastrophen wie Dürren, Waldbränden, Wirbelstürmen und Überschwemmungen führen. So werden nicht nur die Ernten und Viehbestände ganzer Regionen und das Saatgut für die nächste Aussaat vernichtet. Auch die Infrastruktur wie Strassen, Brücken, Häfen oder Schienenverkehr können stark beeinträchtigt werden, sodass der Transport von Lebensmitteln erschwert bis unmöglich wird. Aber auch die anderen Folgen des Klimawandels, wie Temperaturveränderungen und -schwankungen, Verschiebungen von Regenzeiten oder der Anstieg des Meeresspiegels bringen die Landwirt:innen enorm in Schwierigkeiten. Gleichzeitig gehen gemäss einer Landnutzungsstudie des Weltklimarats IPCC von 2019 rund ein Viertel der

klimaschädlichen Treibhausgase auf das Konto der Landwirtschaft, auf das ganze Ernährungssystem bezogen ist es sogar mehr als ein Drittel.¹⁴

Auswege aus der Sackgasse, in die uns das industriell-kapitalistische Ernährungssystem geführt hat, gibt es längst. Die internationale Bewegung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern La Via Campesina sowie Umwelt-, Frauen-, Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen setzen sich weltweit seit Jahrzehnten für eine ökologische und sozial gerechte Transformation der Ernährungssysteme ein. Die Ansätze der Agrarökologie und Ernährungssouveränität sind konkrete Alternativen und in unzähligen Initiativen, Projekten und Kooperativen auf lokaler, regionaler und sogar internationaler Ebene erprobt. Mit dem Modell der solidarischen Landwirtschaft werden Ernährungssysteme nicht nur lokaler und ökologischer, sie stärken vor allem auch die Produzent:innen. Auch im fairen Handel gibt es neue Ansätze, die Solidarität und Klimaschutz ernst nehmen. Während der Pandemie sorgen Suppenküchen und andere solidarische Netzwerke überall auf der Welt dafür, dass arme Menschen etwas zu essen erhalten.

Auch wenn keines dieser Projekte, für sich allein genommen, den Hunger eliminieren wird, zeigen sie doch den Weg auf, wie Ernährungssysteme gemeinsam und selbstbestimmt gestaltet werden können. Mit agrarökologischen Produktions- und Verarbeitungsmethoden, alternativen Vermarktungs- und Verteilnetzwerken tragen sie zur Produktion von gesunden Lebensmitteln, einem würdigen Leben für Produzent:innen sowie einer gesunden Umwelt bei. An dem oben erwähnten Ernährungsgipfel der Vereinten Nationen wurden diese Lösungsansätze nicht ernst genommen und von der Agenda verdrängt, denn sie orientieren sich nicht – oder nicht primär – an einer ökonomischen Gewinn- und Wachstumslogik. Sie sind keine lohnenden Projekte für Investor:innen, die Rendite erwirtschaften. Und für die grossen Agrarkonzerne, die vom Verkauf von Pestiziden oder chemischem Dünger leben, haben diese Ernährungssysteme keinen Platz.

Derweil bleibt die öffentliche Wahrnehmung des Hungers stark von Berichten über Hungersnöte geprägt. Das liegt auch daran, dass Hilfsorganisationen auf Spendengelder angewiesen sind. Auf der Webseite einer Hilfsorganisation ist zu lesen, dass sich «die Herzen und Portemonnaies der Menschen öffnen» müssen. Das tun sie vor allem dann, wenn mit Bildern notleidender Menschen Emotionen geweckt werden. Und wenn gleichzeitig der Retter (oder die Retterin) präsentiert wird, der tatkräftig und schnell Abhilfe verspricht. Der Verweis auf Naturkatastrophen ist dabei oft nicht falsch, er greift jedoch viel zu kurz. An einer Dürre oder Heuschreckenplage ist niemand schuld. Darum kann man sich auf die Hilfe konzentrieren, ohne

nach Verantwortlichkeiten zu fragen und politische und wirtschaftliche Veränderungen einfordern zu müssen. Politische Analysen und Forderungen an Regierungen sind dabei nur hinderlich.

Über den Skandal des täglichen Hungerns wird demgegenüber sehr viel weniger berichtet. Diese fast unsichtbare Form des Hungers wird wissentlich oder unwissentlich in Kauf genommen, solange, bis die Situation durch weitere Faktoren eskaliert, wie aktuell in Afghanistan oder Ostafrika. Und damit werden wir fürs Erste wohl weiterhin mit dem täglichen Skandal – oder auch der täglichen Katastrophe – des Hungers leben müssen. Auch weil das dominierende Ernährungssystem für die Agrarkonzerne so gut rentiert.

Anmerkungen

- 1 Petrequin, Samuel, 13.1.2022: WFP director for Afghanistan warns of «tsunami of hunger». Online auf abcNEWS
- 2 Der Staatshaushalt wurde bis zur Übernahme durch die Taliban bis zu siebzig Prozent von internationalen Gebern finanziert.
- 3 Cash-Based Transfers in Afghanistan January 2022. Online auf: reliefweb.int
- 4 2017 betraf dies 489 von 815 Millionen hungernden Menschen (siehe FAO, 2017: State of the World Food security and nutrition).
- 5 Vgl. den Artikel von Radwa Khaled-Ibrahim in diesem Band.
- 6 Die Agenda 2030 umfasst siebzehn Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG).
- 7 The State of Food Security and Nutrition in the World 2021. Online auf: FAO, Food and Agriculture Organization of the united Nations
- 8 Ziegler, Jean, 2011: Nicht gehaltene Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele
- 9 Herren, Hans R. / Haerlin, Benedikt, 2018: Transformation of our food systems, S.32 (online verfügbar)
- 10 Archer Daniel-Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company
- 11 Nestlé, 2021: Jahresbilanz für das Gesamtjahr 2020
- 12 Darunter auch der Palmöl- und Kautschukproduzent Socfin mit Töchterfirmen in der Schweiz (siehe: Bread for all, 2019: Struggle for Life and Land. Socfin's Rubber Plantations in Liberia and the Responsibility of Swiss Companies (online verfügbar) sowie Grain, 2020: The enduring legacy of a little-known World Bank project to secure Africa plantations for European billionaires (online verfügbar))
- 13 Müller, Marc F. u. a., 2021: Impact of transnational land acquisitions on local food security and dietary diversity. In: PNAS, 118 (4) (online verfügbar)
- 14 IPCC, 2019: Special Report Climate Change and Land (online verfügbar)